Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 71. Sonntag den 25. März. 1849.

Inland.

Berlin, den 24. März. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem General-Major von Jeinchen, Inspekteur der 2. Artillerie-Inspektion, den Rothen Adler-Orden erster Klasse mit Eichenlaub zu verleihen.

---

* Posen, den 24. März. Als die Zeitung des Osten in einer ihrer letzten Nummern uns zur Buße ermahnte und aufforderte, wir möchten in uns gehen, und Hand auf's Herz die Frage beantworten, ob nicht wir grade den Zwiespalt in der Provinz unterhalten, die zehrende Flamme des nationalen Hasses geschürt und mit Wohlgefallen gepflegt hätten, — da mußten wir, gegenüber der mit so vieler Dreistigkeit aufgestellten Behauptung, uns ernstlich besinnen, von wem eigentlich jenes berüchtigte Plakat ausgegangen, dessen Schlußworte „wie wir Euch hassen und verachten“ den ganzen tödtlichen Ingrimm der Partei so offen zu Tage legten und in dem spätern wuthdurchglühten Kampf eine so verderbenschwangere Auslegung erhalten sollten. Jene Worte, mit welchen das polnische National-Comité seine eben erfolgte Begründung den Bewohnern der Provinz verkündete, jene Worte waren mehr als bloße Phrase, mehr als eine bloß leichthin im Rausche ausgestoßene Rede — der Rausch erfindet Nichts, er plauderts bloß aus. — Es lag in diesen Worten der ganze gifterfüllte Abgrund aufgedeckt, welcher dem Deutschthum unserer Provinz den Erstickungstod drohte. Und die unmittelbar darauf angenommene Haltung des National-Comité's entsprach so ganz dieser blitzschnell aufleuchtenden Andeutung, diesem in unbewachter Stunde ausgestoßenen Laute, den man später, als die polnische Sache sich schief zu stellen anfing, allerdings gern wieder zurückgenommen und desavouirt hätte. Mit schroffem Uebermuth wies das polnische National-Comité die von der Gegenseite angetragene Aufnahme deutscher Elemente zurück; die Deutschen, hieß es, könnten begreiflicherweise in einer Körperschaft keinen Platz finden, deren Beruf es sei, die nationale Reorganisation der Provinz herbeizuführen. Dieser Bescheid warf ein klares Licht auf den Sinn, den man in das Versprechen der „nationalen Reorganisation“ ausschließlich hineinzulegen gedachte. Posen und Polnisch galt ihnen, die im Weghüpfen über die Schranken thatsächlicher Zustände sich von jeher so groß erwiesen, als gleichbedeutend. Derselbe Schwindelgeist der Hoffnung, der mit gradgebogenen — allerdings durch kirchliche Einsegnung gefeiten Sensen die Uebermacht unheiliger Bajonnette, mit ungeordneten, wenn auch muthbeseelten Haufen die Kraft einer disciplinirten Armee erfolgreich bestehen zu können sich vermaß, derselbe sanguinische Unbedacht hatte sich eingebildet, mit den Deutschen in unserer Provinz so leichten Kaufes fertig zu werden; „verrathe ja der Deutsche, wie der Jude seinen Bruder, um ein Stück Geld Vater, Mutter und Heimath.“ Das war der im Lager unserer Gegner herrschende Geist, als im vorigen Jahre die Bewegung losbrach; in diesem zuerst noch klug verhüllten Geiste des „Hasses und der Verachtung“ ließ man die von deutscher Gutmüthigkeit herbeigeführte Comödie der Verbrüderung sich gefallen; bald sollten wir desto nachdrücklicher in die daraus erwachsene Tragödie der Irrungen verwikkelt werden. Denn wie das Deutschthum der Provinz anfing, sich auf seinen Werth und seine Kraft zu besinnen, daß ihm an der Wiege des wiedererwachenden Deutschen Reichs nicht das Lied vorgesungen sei, sich zum Fußschemel slavischer Bauern erniedrigen zu lassen, da trugen der polnische Adel und die polnische Geistlichkeit die Scheiter und die Pechfackeln zusammen, und die Lohe des Bürgerkrieges stieg blutroth zum Himmel empor. Die Flammenspur ist nun freilich getilgt, aber die Erbitterung ist geblieben. Natürlich. Unsere Gegner haben inzwischen Nichts gethan, die von ihnen geschlagenen Wunden vergessen zu machen; sie haben nirgends und in keiner Weise zu einer aufrichtigen Versöhnung die Hand geboten und zu den im Ernst dahin zielenden Vorschlägen sich verstehen mögen. Sie beharren nach wie vor bei ihrem anfänglich aufgestellten Satz einer die ganze Provinz umfassenden nationalen Reorganisation, die doch selbstredend, da es nun einmal keine Posener Separat-Nationalität giebt, nicht anders denn als eine im rein polnischen Sinne zu bewerkstelligende Umgestaltung von ihnen gedacht wird. Die Abgrenzung der Nationalitäten haben sie mit einem in aller Weise dargelegten Abscheu zurückgewiesen und durch diese Nichtbetheiligung an diesem allein möglichen Ausgleichungsmittel es selbst verschuldet, wenn die beschlossene Demarkationslinie — wir sind gern bereit, dies einzugestehen — durch Einmischung fremdartiger Rücksichten anders ausgefallen ist, als das streng festgehaltene Nationalitätsprincip erfordert haben würde. Die Kunst, einen Riß zu übertünchen, den klaffenden Spalt, der in Wirklichkeit besteht, mit geläufiger Redekunst wegzuläugnen, weg zu schmeicheln und weg zu spotten, die Kunst verstehen wir nicht. Wir halten es für unsere Pflicht — nicht „aus Feigheit“, nicht „aus Bosheit“, nicht zur Beschwichtigung eines „bösen Gewissens“, nein aus dem sehnlichsten Verlangen nach einer gründlichen Herstellung des Friedens halten wir es für unsere Pflicht, die gleißnerischen Versicherungen, daß die bloße Naturheilkraft allein ein gütliches Zusammenwachsen der Wundränder hier herbeizuführen bereits begonnen habe, durch thatsächliche Berichte zu widerlegen. Wir ersinnen Nichts, wir kopiren bloß mit phantasieloser Nüchternheit was sich in Wirklichkeit unserem Auge darstellt.

Berlin, den 23. März. Sicheren, gestern hier eingetroffenen Nachrichten zufolge, hat sich Hr. v. Gagern leider veranlaßt gesehen, seinen hohen und in der jetzigen Zeit so äußerst wichtigen Posten aufzugeben: er hat seine Entlassung eingereicht.

— Den neuesten Nachrichten zufolge, ist nicht bloß Herr von Gagern, sondern auch Herr von Peucker zurückgetreten, so wie sich das ganze Reichsministerium in der Auflösung befindet.

— Das Gerücht von der bevorstehenden Auflösung der zweiten Kammer erhält sich und wird vielseitig mit dem Zusatz wiederholt, daß für diese Eventualitäten von der Regierung ein Ausschuß aus den Mitgliedern dieser Kammer ernannt werden würde, welcher im Verein mit der ersten Kammer die Revision der Verfassung bewirken solle.

— Der Abgeordnete d'Ester hat ein Mißtrauensvotum von seinen Wählern erhalten, weil das Ministerium noch nicht in Anklagestand versetzt sei.

— Bekanntlich war es den Gymnasial-Direktoren früher zur Pflicht gemacht, die zum Abgang auf die Universität sich meldenden Schüler vor der Theilnahme an Studentenverbindungen unter Hinweisung auf die desfalls ergangenen Bundesbeschlüsse zu verwarnen. Nach einer aus dem Unterrichts-Ministerium schon vor längerer Zeit erlassenenen Verfügung soll diese Verwarnung und die Verweisung auf die Bundesbeschlüsse jetzt wegfallen.

— Zwischen den Abgeordneten Landrath Bauer aus Krotoschin und Landrath Meyer aus Arnswalde wird demnächst ein Duell stattfinden. Es sollen deren mehrere in dieser Kammer-Session zu erwarten sein.

Potsdam, den 21. März. Bei Gelegenheit der vom General Wrangel abgehaltenen Parade über die hiesige Garnison ereignete sich ein bedauernswerther Unglücksfall. Als Generalmarsch geblasen wurde, befand sich gerade das hiesige Garde-Ulanen (Landwehr) Regiment zum Exerciren auf dem Felde. Ein Unteroffizier warf sich in der Eile auf ein ungesatteltes, noch ganz rohes Remontepferd und jagte nach dem Exerzierfelde hinaus. Nachdem er der ersten Eskadron Meldung gemacht hatte, wollte er nach der zweiten reiten, das Pferd bockte aber und warf ihn über den Hals so heftig gegen den Boden, daß er den Schädel zerschmetterte und nach wenigen Minuten starb. Er hinterläßt eine zahlreiche Familie und ein neugebornes Kind. Der General Wrangel übernahm sogleich Pathenstelle für das Kind und schenkte dem Kinde 20 Louisdor. Ein Prinz, der in diesem Regiment steht, gab 5 Louisdor. Das Regiment aber erklärte durch Abzug an der Löhnung, der Wittwe Lebenslang das Gehalt ihres Gatten fortzahlen zu wollen. General Wrangel versprach das Kind auf seine Kosten erziehen zu lassen. — Auch ein Garde du Corpsoffizier ist gestürzt und hat ein Bein gebrochen. (Voss. Ztg.)

Breslau, den 22. März. In der Zuckersiederei zu Bieder-Hartwigswalde im Kr. Jauer, welche erst seit 8 Wochen im Betriebe sich befindet, ist am 16. März des Morgens um $\frac{3}{4}$4 Uhr der eine der vier Dampfkessel zerplatzt, wodurch der Siedemeister und ein Arbeiter sogleich getödtet und zwei Arbeiter lebensgefährlich verbrüht wurden. Das Gebäude, in welchem sich die Dampfkessel befanden, das sogenannte Kesselhaus, ist durch diese Explosion ganz zerstört; der gesprungene Kessel, ungefähr 80 Cent. schwer, 28 Fuß lang und $3\frac{3}{4}$ Fuß im Querdurchmesser, ist durch eine ziemlich starke Wand hindurch und 50 Schritt weit von seinem frühern Lager weggeschleudert worden.

Aus Schleswig-Holstein, den 19. März. Friedensgerüchte tauchen wieder in bestimmterer Form auf. So heißt es einmal, daß der Dänische Bevollmächtigte am Preußischen Hofe, Baron v. Plessen, bereits die preußischerseits unterzeichneten Friedenspräliminarien nach Kopenhagen gesandt; dann soll Palmerston mit Nachdruck auf eine friedliche Beilegung der Schleswigschen Frage beim Dänischen Kabinet bestehen. Diese Gerüchte finden hier zu Lande wenig Glauben, weil man begeistert kampfeslustig ist, ohne im ersten Augenblicke die furchtbare Bedeutung eines nordischen Krieges in den gegenwärtigen Europäischen Staatenverhältnissen in nähere Erwägung gezogen zu haben. Die heute hier angekommenen Dänischen Blätter wollen ebenfalls trotz aller Rüstungen von einem nahen Friedensabschlusse wissen. Die nächste Zukunft wird zeigen, was daran Wahrheit ist.

— So eben geht das Gerücht, daß in Folge der ernsten Vorstellungen des Preußischen Hofes das Dänische Kabinet sich bereit erklärt haben soll, eine Waffenruhe bis zum 15. April eintreten zu lassen, um während der Zeit die Friedensverträge einem beiden Parteien gedeihlichen Resultate entgegenzuführen.

Aus Schleswig-Holstein, den 21. März. Für die Reichstruppen sind bereits im Holsteinischen Quartiere bestellt, Altenburger, Braunschweiger, Hannoveraner sind auch bereits in Altona angekommen. Der General-Lieutenant v. Bonin hat heute einen Courier nach Altona gesandt, daß die dort angekommenen Reichstruppen sofort nach dem Norden auf der Kiel-Rendsburger Eisenbahn befördert werden möchten, da ihm nichts von einer Verlängerung der Waffenruhe bekannt geworden sei.

Bremerhafen, den 16. März. An die Errichtung der Deutschen Kriegsflotte wird nun ernstlich Hand gelegt. Vor etwa 14 Tagen ist der früher in der Griechischen Marine gestandene Fregatten-Kapitain Brommy als Reichs-Kommissarius und Bevollmächtigter des Marine-Ministers an der Weser- und Elb-Mündung hier angekommen, um die für die Deutsche Flotte angekauften Kriegsschiffe zu übernehmen, den Bau neuer zu überwachen, ein provisorisches See-Arsenal einzurichten, kurz alle Arbeiten zu leiten, die nöthig sind, um in kürzester Frist eine achtunggebietende Deutsche Kriegsflotte schlagfertig aufzustellen. Kapitain Brommy — ein geborener Sachse — hat früher die Griechische Marine neu organisirt und ist somit vorzugsweise zu dem wichtigen Kommando befähigt, mit dem er von der Centralgewalt betraut ist.

Bernburg, den 20. März. Die am 16. März vom Staatsministerium über den Belagerungszustand erlassene Bekanntmachung besagt: „Da das hiesige Militair in seiner dienstlichen Funktion angegriffen und auf dasselbe geschossen worden und die Civilbehörden jetzt nicht im Stande sind, dem Gesetze die nöthige Achtung zu verschaffen,“ so werden die Stadt Bernburg und das Dorf Waldau in Belagerungszustand erklärt. Dem Hauptmann v. Trützschler sind die näheren Anordnungen überlassen worden. Dieser hat sofort alle politischen Vereine geschlossen, und unter andern die Ablieferung der Feuergewehre befohlen.

— Der „Deß. Staatsanz.“ sagt: Es sind uns folgende Nachrichten über den Stand der Angelegenheiten in Bernburg aus glaubhafter Quelle zugekommen, doch können wir bis jetzt deren Wahrheit nicht verbürgen. Nach Eintritt des Belagerungszustandes, durch welchen alle und jede Gewalt in die Hände des Hauptmannes Trützschler II. gelegt ist, so daß selbst die Behörden seinen Anordnungen sich in jeder Beziehung fügen müssen, ist man zu den Verhaftungen geschritten, die auf die demokratischen Abgeordneten des Landtags, so wie auf die, welche sich für den Anschluß offen erklärt haben, gerichtet sind. Die meisten der Bedroheten sollen sich rechtzeitig der Bernburger Behörde entzogen, jedoch an 15 Verhaftungen bereits stattgefunden haben. Die Anzahl der Todten beläuft sich auf 15 Personen, die einzeln in Zwischenräumen von 2 Stunden begraben werden müssen, und deren Särgen nur die nächsten Verwandten folgen dürfen. Es soll eine standrechtliche Kommission gebildet sein. Am 16. März sind 300 Mann Preußische Infanterie (vom 19. Regiment) und heute 400 Mann, also zusammen 700 Mann aus Halle eingerückt; letztere mußten vor Einmarsch in die Stadt laden, Zündhütchen aufsetzen, und mit gespanntem Hahn in die Stadt einmarschiren. Die Hälfte der früher eingerückten Aschersleber Husaren sind wieder ausgerückt. Die Köthener Volkswehr 1. Abtheilung wurde den 17. März Abends zurückerwartet. Die Offiziere der Preußischen Husaren sollen sich sehr entschieden gegen die Bernburger Beamten ausgesprochen (?), die Husaren vor den Gemeinen der 1. Komp., die geschossen, ausgespieen haben. (?) Unter der Bernburger Garnison selbst soll Zwiespalt herrschen und die eine Partei die andere Mörder nennen. Die beiden Soldaten, welche nach dem Abgeordneten Gloß geschossen, ihn aber glücklicherweise nicht getroffen haben, sollen bekannt sein.

Altenburg, den 21. März. Am heutigen Nachmittage rückte Preußisches Militair in unsere Stadt ein, bestehend aus 3 Kompagnien vom 2. Bataillon des 31. Infanterie-Regimentes, 2 Kompagnien vom 1 Bataillon des 19. Infanterie-Regimentes, 2 Schwadronen des 12. Husaren-Regimentes und einer halben reitenden Batterie der 4. Artillerie-Brigade. Der letzte Rest des sächsischen Militairs, das hier gestanden, wird morgen Altenburg verlassen. Alle vernünftigen Leute geben den Sachsen das beste Zeugniß.

Frankfurt a. M., den 20. März. 187ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. Tagesordnung: Berathung über den von Welcker gestellten Antrag. Um $9\frac{1}{4}$ Uhr wird die Sitzung, zu der sich auch heute, wie gestern und am Sonnabend, eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden, vom Präsidenten Simson eröffnet.

Buß aus Freiburg gegen die Anträge des Ausschusses, durch deren Annahme die Versammlung sich um ihre Autorität bringe. (Heiterkeit). Er verlangt, daß man, fern von einem Zwange, wie ihn Welcker's Antrag beabsichtige, einen dehnbaren Bundesstaat bilde, worin das Maß der Einheit mit dem der Verschiedenheit ausgeglichen wäre. Eine Ausscheidung Oesterreichs würde religiöse Zwistigkeiten hervorrufen. — Den durch ihn ausgesprochenen Ansichten widerspricht Zittel aus Baden. Die Religionsfreiheit Aller werde immerdar durch die Grundrechte geschützt werden und das Volk in Baden verlange einen Zustand, welcher der bestehenden Unsicherheit für immer ein Ende mache. — Fröbel nennt den Welcker'schen Antrag den Gipfel der Unselbstständigkeit. Die Idee der Kaiserwürde überhaupt sei ein Anachronismus. Er vermuthe, daß das Reichsministerium bei der Abstimmung eine Majorität haben werde; dies mache ihm keinen Gram. Allein man erlaube ihm, im Namen seiner politischen Freunde offen die Ansicht auszusprechen, von welcher sie für die Zukunft das Heil Deutschlands erwarteten. Es sei Jahrzehnte hindurch der Wahlspruch der Konservativen gewesen: „Nach uns kommt die Sündfluth,“ erlauben Sie mir, für unsere Partei hinzuzufügen: „und nach der Sündfluth kommen wir.“ (Beifall.)

v. Reden sucht, seinem Vorgänger entgegen, die Idee des Erbkaisers vom Standpunkte der Demokratie zu rechtfertigen. Gerade der erbliche Kaiser müsse sich auf das Volk stützen, denn die Fürsten seien seine natürlichen Gegner. Der Redner sagt am Schluß seiner Argumentationen, daß der deutsche Erbkaiser unumgänglich nothwendig sei, wollte man nicht, daß es mit dem Wachtmeister in Wallenstein's Lager heißen solle: da schreiben sie uns in

der Wiener Kanzlei den Küchenzettel, und alles ist wieder der alte Bettel! Herr von Reden schließt: Ein deutscher Dichter hat auf dieser Tribüne gesagt: es wird kein Haupt über Deutschland leuchten, das nicht mit einem Tropfen demokratischen Oels gesalbt ist; ich sage Ihnen: das Erbkaiserthum ist der größte Sieg, den die Demokratie je gefeiert hat. (Beifall von den Centren).

Simon von Trier gegen den Erbkaiser. Der Redner kommt auf das sogenannte Kleindeutschland zu sprechen; er erkennt ihm die Nothwendigkeit der Existenz zu und es könne die Kultur nur durch dasselbe gerettet werden. Allein er habe dann noch zwei Forderungen an dasselbe zu stellen: erstens die Wahrung der errungenen Volksfreiheiten, zweitens die Verpflichtung zu übernehmen, Großdeutschland zu schaffen. Allein mit dem Erbkaiser an der Spitze könne und werde Kleindeutschland diese Anforderungen nicht erfüllen; mit dem Erbkaiser sei es eine unrichtige Rechnung. Er weise auf die Worte des Abgeordneten Vogt, Berlin betreffend, er weise auf Berlin selbst hin. Nur wenn derselbe Geist, der im März 1848 wehte, der fern von Partikularismus, dessen Losung gewesen: Hingabe für das Ganze, Fürst und Volk wieder erfasse, dann könne vielleicht das Werk der Einigung Deutschland gelingen. Sollte dieser Geist nicht wieder heraufbeschworen werden können, dann sei das Volk betrogen. Seine Partei habe diesen Geist nicht verloren. Sie habe das März-Mandat festgehalten, und wenn aus ihrem Wirken nichts werden sollte, dann würde sie die frühere Fahne forttragen in den kommenden Tagen der Gefahr. Sie wisse, wohin die Gewalt zuerst schlage, wenn sie eintrete. Sie werde aber auch zu Grunde gehen können und sich der Worte des großen Dichters erinnern: „Das Leben ist der Güter höchstes nicht, der Uebel größtes aber ist die Schuld.“ (Bravo links).

Heinrich v. Gagern schließt sich, um dem Volke das gegebene Wort zu halten, dem Antrage des Verfassungs-Ausschusses an. Es sei darin Alles erreicht, was die vernünftige Lösung der Parlaments-Aufgabe ausmache. Nicht die Einmischung des Auslandes, selbst nicht wenn sie eine feindselige wäre, fürchte er; die einzige Gefahr, welche zur Beschleunigung des Verfassnngswerkes dränge, sei die Ungeduld des Volkes. Es scheine übrigens nicht blos ausführbar, daß ein weiterer Bund zwischen Deutschland und Oesterreich erreicht werde, sondern es sei sogar die Pflicht beider Völker-Kongresse, die Lösung dieser Aufgabe zu finden. In Bezug auf die Oberhauptsfrage weist der Redner mit Entrüstung den Vorwurf der Intrigue zurück. (Beifall). — Deutschland sei stets der That nach eine erbliche Monarchie gewesen (lärmender Widerspruch.) v. Gagern schildert die Einleitungen, die unter seiner wesentlichen Mitwirkung zur Herstellung eines deutschen Parlaments in den süddeutschen Staaten getroffen wurden, und unter welchen Voraussetzungen sie geschahen. Es geht aus den mitgetheilten Aktenstücken hervor, daß schon damals nicht blos ein deutscher Fürst, sondern eben der König von Preußen selbst zur Oberhauptswürde ausersehen war. Die Antipathieen, die Preußen jetzt in Süddeutschland findet, sind weder religiösen noch materiellen Hintergrundes, es ist der Partikularismus hier, die unklare Auffassung des Volkes dort und durch die Bemühungen der Gebildeten werden sie geflissentlich ins Volk gebracht (Beifall). Der Name Preußen umfaßt schon jetzt einen Inbegriff von Deutschland (Lärmen). Oder ist seine Rheinprovinz nicht süddeutsch, war Schlesien nicht einst bei Oesterreich, gehört nicht die Hälfte von Sachsen zu Preußen, Westfalen und die Mark? Als die nothwendige Folge des Erbkaiserthums wird sich von selbst das Vorrücken des Mittelpunkts aus dem Norden gegen den Süden ergeben. Es ist eine banale Phrase, dies Haus verantwortlich zu machen für die Wendung der Dinge in Oesterreich. (Lärmender Widerspruch und Pause in Folge davon — in einem Zwischenfalle kommt der Redner auf die von Herrn Vogt dem Ministerium schuldgegebene „Intrigue“ zurück). Wir stehen in der Stunde der Entscheidung. Niemand von uns hat vergessen, daß unsere Versammlung aus dem Volke hervorgegangen ist. Darauf baue ich meine Hoffnung. Sie werden aus der Paulskirche in ihre Heimath zurückkehren, Sie werden die Vermittelung übernehmen zwischen unseren Beschlüssen und dem Volke. Das ist ein unermeßlicher Einfluß, auf den ich vertraue, und so erlauben Sie mir, daß auch ich mit der Anführung eines Dichters schließe. Nämlich mit der bekannten Aufforderung Walters von der Vogelweide an das deutsche Volk, sich einen König zu geben.

Nur Herr Berger von Wien erhält noch das Wort. Er spricht in einem dem Vortrage des Herrn Gagern entgegengesetzten Sinne. Die Abstimmung findet, nachdem heute der Schluß der Debatte beliebt worden ist, in morgender Sitzung statt. Den Berichterstattern der Ausschußmehrheit und Minderheit ist das Wort dafür vorbehalten.

Frankfurt a. M., den 20. März. Auf das Gerücht, daß die Finanz-Kommission der sächsischen Abgeordnetenkammer den Antrag stellen wolle, Sachsen solle seine Matrikularbeiträge nicht zahlen, haben die sächsischen Mitglieder der Linken der Paulskirche ihre Sinnesgenossen in der sächsischen Kammer aufgefordert, diesem Antrag der Finanz-Kommission entgegenzutreten.

Wien, den 21. März. Gestern Morgen fand bei Ignaz Kuranda eine strenge Durchsuchung sämmtlicher Papiere durch einen Polizei-Kommissär statt, der von der Militair-Untersuchungs-Kommission seinen Auftrag dazu, wie zur Verhaftung des Hrn. Kuranda, im Falle sich ein verrätherisches Schriftstück vorfinde, hatte. Gegen Mittag folgte die Beschlagnahme von Papieren im Bureau der Allg. Oesterr. Zeitg. nach Anleitung der unter dem Belagerungszustande erschienenen Nummern des Blattes, in welchem alle „verdächtige“ Stellen roth angestrichen waren. Heut folgte die Hausuntersuchung bei dem früheren Redakteur der Sonntagsblätter, dem Dichter L. A. Frankl. — Friedrich Kaiser, Verfasser des nach einmaliger Aufführung — trotz vorangegangener Genehmigung der Theater-Censur — verbotenen Lustspiels „Ein Fürst“, ist flüchtig geworden. — Einer der gestern wegen Betheiligung an dem Morde Latour's Hingerichteten rief in dem Augenblick, wo ihm der Freimann die Schlinge um den Hals legte, mit vernehmlicher Stimme: wen ich beleidigt habe, der verzeihe mir, ich sterbe unschuldig! — Der dänische Contre-Admiral Dahlrup ist nunmehr zum österr. Contre-Admiral und Oberbefehlshaber der österr. Marine ernannt Die österr. Flotte wird hiernach kaum im drohenden Dänenkriege zur Verwendung kommen.

— Der Rekurs Fischhofs gegen die Inkompetenz des Kriminalgerichtshofes in dem wieder ihn anhängig gemachten Prozesse ist dem Vernehmen nach vom Appellationsgerichte zurückgewiesen worden. — Es wird versichert, daß beim Gouverneur Welden ganze Stöße von Denunziationen über Waffenverheimlichungen liegen und daß, wenn derselbe die ganze Strenge des Martialgesetzes eintreten ließe, ein ganzes Bataillon von früh bis Abend mit Füsilladen zu beschäftigen wäre.

— Die Telegraphenleitung, welche bisher in nördlicher Linie von Wien über Brünn und Olmütz bis Prag und in einer Ausästung bis Preßburg, in südlicher Richtung aber von Wien über Grätz und Laibach bis Triest sich ausdehnt, ist nunmehr im Innern der Stadt Wien in unmittelbare Verbindung gesetzt. Hierdurch ist die Möglichkeit gegeben, daß schon in den nächsten Tagen der Telegraphendienst in einem Centralbureau beginnen kann. —

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 20. März. National-Versammlung. Sitzung vom 19. März. Anfang $1\frac{1}{4}$ Uhr. Marrast ist nach Bourges abgereist, um sich vor dem Nationalgerichtshof zu stellen, darum präsidirt Grevy vom Berge. An der Tagesordnung ist die zweite Lesung des Klubgesetzes. Payer unterstützt den ministeriellen Gesetzentwurf gegen die Klubs. Zu allen Epochen der Geschichte seien Klubs tödtlich gewesen. Er befürwortet deshalb, im Interesse der Zukunft der Republik selbst, die Aufhebung der Klubs. (Murren zur Linken.) Mauguin überreicht während einer kleinen Pause seinen Ausschußbericht über die für die Pariser Bannmeile außerordentlich wichtige Getränksteuer. (Sehr gut!) Jules Favre besteigt die Tribüne. Von vorn herein erklärt er die absolute Aufhebung des Vereinsrechts als einen Verfassungsbruch, als eine Verletzung des Art. 8 der Verfassung. Das Ministerium behaupte, mit den Klubs könne keine Regierung bestehen. Das sei ein Irrthum. Die provisorische Regierung habe allerdings bestanden. Stimme rechts: Aber am 16. April und am 15. Mai hing die Regierung an einem Haar! Pierre Leroux: Am 16. April war die Regierung nicht bedroht. Favre: „Entschuldigen Sie, am 16. April drang das Volk allerdings mit bis an die Mündung geladenen Pistolen in das Stadthaus. Indessen bemerkt der Redner, haben die Klubs an Heftigkeit abgenommen. Sie sind jetzt bei weitem ruhiger. Die Gefahr des Sozialismus ist im Verschwinden. Der Redner stimmt gegen die völlige Aufhebung des Vereinsrechts. Der Favreschen Rede folgte eher Ermattung als Aufregung. Die Sitzung wurde für eine Viertelstunde suspendirt. Faucher, Minister des Innern: Klubs sind gut, um eine Revolution zu machen; aber ist die Revolution geschehen, dann muß die Regierung das heißt die gesetzgebende Gewalt, das Vereinsrecht regeln. (Ah! Ah!) Der Gesetz Entwurf will keineswegs das Prinzip des Vereinsrechts aufheben; er will nur die Permanenz dieses Rechts regeln. Täusche man sich indessen nicht über die vermeintlich eingetretene Stille in den Klubs. Die Chefs stellen sich todt, aber das Feuer glüht unter der Asche. (Oh! Oh!) Die öffentliche Meinung spricht sich übrigens gegen die unbegränzte Vereinsfreiheit aus, und es ist Pflicht des Ministeriums, der öffentlichen Meinung zu gehorchen.“ Die Rechte klatscht Beifall. Die Linke zischt. Yves bekämpft den Entwurf als freiheitswidrig unter großem Beifall der Linken. Kerdrel, einer der Secretaire der Rue de Poitiers, möchte das Vereinsrecht nicht durchaus abgeschafft wissen. Für die Klubs aber habe er keine Sympathie. Die Versammlung unterbricht ihn mitten in seiner Rede durch Vertagung auf morgen. Schluß $6\frac{1}{4}$ Uhr.

— Die Sardinische Regierung hat ein Manifest „an die Nationen des civilisirten Europa“ gerichtet, in welchem sie die Beschwerden Piemonts und des ganzen Italiens auseinandergesetzt und die Kündigung des Waffenstillstandes und Wiedereröffnung der Feindseligkeiten gegen Oesterreich motivirt. Das Manifest behauptet, es sei der Sardinischen Regierung kein anderes Mittel mehr übrig geblieben als der Krieg, weil ohne diesen Entschluß die politische und sociale Ordnung in Italien in die ernsteste Gefahr würde gerathen sein.

— Der Jesuitengeneral Rothan ist hier angekommen, um sich nach Portugal zu begeben, wo er von der Regierung die Erlaubniß zu erhalten hofft, den Mittelpunkt seines Ordens zu errichten.

Kammer-Verhandlungen.

13te Sitzung der Ersten Kammer vom 22. März.

Anfang 10¾ Uhr. Präsident v. Auerswald.

Auf der Ministerbank: Rintelen.

Das Protokoll der gestrigen Sitzung wird verlesen und angenommen

Die Versammlung geht demnächst über zur Fortsetzung der gestrigen Debatte.

Wir schieben hier von den gestern noch nicht gedruckt vorliegenden Amendements das folgende von Kühne und Genossen ein:

Die hohe Kammer wolle statt der in jenem Bericht beantragten Ablehnung der Anträge folgende motivirte Tages-Ordnung beschließen:

„In Erwägung, daß zwar der Artikel 105. der Verfassungs-Urkunde auf den Erlaß organischer Bestimmungen von so durchgreifender Wichtigkeit, wie die Verordnungen vom 2. und 3. Januar d. J., nicht zu beziehen ist, daß jedoch die Revision der Verfassung zur näheren Begränzung der in dieser Hinsicht der Regierung zustehenden Befugnisse die Gelegenheit bieten wird, und daß andererseits im Interesse des Landes nicht räthl ch erscheint, die fast beendete Justiz-Organisation, wie sie nach Maßgabe jener, in Folge früherer Verheißungen ergangenen Verordnungen eingeleitet ist, zu sistiren, geht die Kammer über den Antrag der Abgeordneten Leue und Milde und die damit in Verbindung stehenden Unter-Anträge zur Tages-Ordnung über.“

Quadflich: Diese Frage muß, wie wenig andere, die Aufmerksamkeit, der hohen Kammer beschäftigen. Es handelt sich darum, ob wir gleich beim ersten Eintritt ins konstitutionelle Staatsleben eins der wichtigsten Rechte des Volks in eitel Rauch sollen aufgehen lassen. Es handelt sich darum, ob wir, die Volksvertreter, berufen sind, gegen diesen flagranten Eingriff zu protestiren. Der Antrag von Leue und Milde ist vielfach unterstützt. Mit diesem sind fast sämmtliche Amendements dahin einverstanden, daß eine Ungesetzlichkeit begangen worden

Niemand kann mehr die Schätzbarkeit der Geschwornengerichte anerkennen als wir Rheinländer, aber wir wollen nicht Gesetze, die auf verfassungswidrigem Wege erlassen sind. Das Staatswohl würde dadurch gefährdet, und es können die Gegner sind nicht darauf berufen, es fördern zu wollen. Auf das Staatswohl hat man sich zu jeder Zeit berufen, auch in der Zeit des Absolutismus Ein fester, sicherer Prüfstein für das Staatswohl ist das Recht, welches aus dem Gesetze entspringt. Man sagt, wir Rheinländer fühlten den Druck der Patrimonialgerichte nicht, hält man uns für so kurzsichtig, oder für so egoistisch, daß wir den alten Provinzen die Abnahme jener Landplage nicht wünschen sollten? Man lobt zuweilen die kühnen Griffe. Bei gewissen Gelegenheiten in Frankfurt oder im Kriege, da mögen sie durchschlagen, aber in Bezug auf die innere Gesetzgebung sie anzuwenden, wäre gefährlich. Gewiß sind die Gesetze dringend, sind sie aber so dringend, daß wir über ihren Ursprung hinwegsehen können? Ich stimme also für den Antrag von Milde event. für das Amendement Maurach.

Hansemann: Ein verehrtes Mitglied von gewisser politischer Bedeutung hat gestern Grundsätze ausgesprochen, die früher schädlich wirkten; aber es ist so allein geblieben mit seinen Anklängen an jene verschollene Zeit, daß wir die tröstliche Aussicht auf ihren ewigen Schlaf haben. Unter den Steuerverweigerern, deren jener Redner unversöhnlich gedachte, sind nicht wenige in der Uebereilung zu diesem Schritt gelangt, wir wollen sie nicht ausstoßen, denn sie werden das konstitutionelle Regiment aufrichtig sich bestreben aufbauen zu helfen, (Bravo.)

Die Nothwendigkeit, die Patrimonialgerichte abzuschaffen, ist von den Ministerien, denen ich angehörte, stets anerkannt worden; ich hätte ihre schleunigere Aufhebung gewünscht, habe mich aber stets dem Urtheil der Sachverständigen gefügt, die sie ohne größere Organisation nicht durchführen zu können meinten. Die Patrimonialgerichte indessen haben so viel Unruhe, so viel Beschwerden verursacht; sie müssen aufgehoben werden, das ist dringlich. Mängel sind, so viel mir Juristen sagten, allerdings in den Gesetzen, und wenn ich gegen den Leueschen Antrag stimme, so will ich damit keinen Beifall gegen das Ministerium aussprechen: ich glaube vielmehr, das die Ausführung dieser Gesetze in vieler Beziehung Vieles zu wünschen übrig läßt. (Bravo.)

Maurach: Aller Ausführungen über den Rechtspunkt rücksichtlich des Art. 105. bin ich durch einen gestrigen Redner überhoben. Aus dem Patent vom 5. Dezember kann noch viel weniger die Rechtsgültigkeit der Verordnungen hergeleitet werden, denn es enthält nur die eine Norm, daß die Volksvertreter gewählt und zusammenberufen werden sollen. Alles Uebrige ist nur eine Erklärung und, daß jemand aus Erklärungen, die er abgiebt, ein Recht zu handeln herleiten könne, wird Niemand behaupten.

Diese Verordnungen sind desselben Ursprungs wie die Verfassung. Die Letztere haben Sie anerkannt. Alles gegen diese Anerkennung von uns geltend gemachte gilt auch hier. Auch Sie werden den von Ihnen für die Anerkennung der Verfassung geltend gemachten Grund „publica salus summa lex“ hier nicht anwenden wollen.

Aus dem traurigen Dilemma, in dem wir uns befinden, glaube ich kommen wir nicht anders, als durch Annahme des von mir gestellten Ammendements heraus.

Minister Rintelen: Es ist mir gestern ein Bericht aus Ehrenbreitstein zugegangen, wonach namentlich in Neuwied lokale Schwierigkeiten der Ausführung der Verordnungen entgegenstehen.

Dieser Grund und die eigenthümliche Lage der Rheinprovinz bestimmen mich, für den Ostrhein eine Suspension der Ausführung der Verordnungen bis zum 1. Juli eintreten zu lassen

Diese Suspension kann ich ohne Genehmigung Sr. Majestät nicht weiter ausdehnen. In der Zwischenzeit wird in Erwägung gezogen werden können, welche Maßregeln zu treffen seien, um auch jenen Landestheil der großen Segnungen der neuen Gesetze theilhaft zu machen.

Simons: In Bezug auf die rheinische Gesetzgebung sind vielfach Verbesserungswünsche laut geworden, auch schätzbare Vorarbeiten in Bezug auf die Befriedigung derselben bereits veröffentlicht. Zu erwarten steht, daß, wenn wir uns jetzt mit den Rheinlanden möglichst gleich stellen, eine gleichförmige Revision der beiderseitigen Gesetzgebung möglich sein wird, wie wir selbst, ohne Enthusiasten zu sein, eine gewisse Gleichförmigkeit der gesammten deutschen Gesetzgebungen in nicht langer Zeit herbeigeführt zu sehen, hoffen dürfen.

Gräff: Die Frage der Gesetzlichkeit ist für mich bei weitem die überwiegende. Ich gestehe zu, daß bei außerordentlichen Verhältnissen zur Rettung des Vaterlandes die Oktroyirung der Verfassung nothwendig gewesen sein mag; — für diese Verordnungen können Sie die Rechtfertigung weder aus der dringenden Nothwendigkeit noch aus Art. 105 herleiten. Eben so gut hätte man die Steuergesetzgebung reformiren, die gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse reguliren können.

Wollen Sie nicht die Sistirung beschließen, so salviren Sie wenigstens das Grundprinzip des Konstitutionalismus. Das Gesetz will, daß kein Gesetz mit Vorbehalt nachträglicher Genehmigung erlassen werde. Wir müssen der Willkür einen Damm entgegenstellen.

Man hat hier auf Persönlichkeiten Rücksicht genommen und ausgesprochen, einzelne Abgeordnete seien zurückgekommen von ihren früheren Abstimmungen. Ich hoffe vielmehr, daß wir immermehr dahin kommen werden, die persönliche Ueberzeugung zu achten. Ich habe für die Steuerverweigerung gestimmt, und halte noch jetzt mein damaliges Verhalten für völlig gerechtfertigt. (Bravo!)

Justiz-Minister: Ich kann mich nicht überzeugen, daß Art. 105. hier nicht zur Grundlage dienen sollte für den Erlaß dieser Verordnungen. Art. 105. gestattet eine Ausnahme von der Regel des Art. 88., er gestattet, ohne Ausnahme mit Vorbehalt der Genehmigung, Verordnungen zu erlassen, Er bezieht sich auf alle Gegenstände, über welche Gesetze zu erlassen sind.

Ich bin persönlich freilich der Meinung, daß Art. 105. später wird restringirt werden müssen. So lange er aber noch besteht, giebt er der Regierung auch das Recht, Verordnungen wie die gegenwärtige zu erlassen.

Die Regierung ist bestrebt gewesen, nur solche Forderungen auf diese Weise zu befriedigen, deren Erledigung durchaus dringend erschien. Es ist wirklich Alles geschehen, um die öffentliche Meinung über die Verordnungen zu hören. Dieselben sind schon im November publizirt und es hat sich kein Widerspruch dagegen erhoben.

Ich muß nochmals darauf bestehen, daß wir nach Art. 105. völlig in unserm Recht waren, und widersetze mich der motivirten Tages-Ordnung von Maurach und Gräff.

Hansemann (zur Geschäftsordnung): Die Minister können jeder Zeit nach der Geschäftsordnung das Wort ergreifen, unerhört ist es dagegen, daß noch nach Schluß der Debatte von diesem Recht Gebrauch gemacht werde. (Bravo) Faktisch ist jetzt die Debatte wieder eröffnet, ich stelle daher dem Präsidenten anheim, ob er die Versammlung nicht noch einmal über den Schluß der Debatte fragen will.

Leue (als Antragsteller): Wir sollen entscheiden, ob Art. 105. dem Ministerium das Recht giebt, unter dem Vorwande der Dringlichkeit organische Gesetze zu erlassen? — Redner von allen Seiten dieses Hauses haben, wie ich, diese Frage verneint.

Der Herr Justiz-Minister besteht auf der Bejahung dieser Frage. Wenn diese Ansicht gegründet ist, so geben Sie der Krone das alleinige Recht der Gesetzgebung zurück, Sie geben ihr die Mittel, den alten Absolutismus zurückzuführen. (Bravo!)

Die Verfassung besteht jetzt zu Recht; wir können nicht einseitig den Art. 105 ändern Wenn er im Sinn der Regierung bestehen bleibt, so kann das Ministerium nach Gefallen die zugesicherten Freiheiten zurücknehmen, das allgemeine Wahlrecht, die zweite Kammer vernichten. Alles mit Vorbehalt — natürlich nur des Versuchs der Genehmigung; die Dringlichkeit würden die Minister allein zu bemessen haben. (Bravo!)

In England besteht allerdings auch das Recht der Minister, in dringenden Fällen, zur Abwendung drohender Gefahren, außerordentliche Maßregeln zu ergreifen und nachher eine bill of indemnity zu erbitten.

Diesen Gebrauch auf organische Gesetze auszudehnen, wird keinem Mann in England einfallen.

Ich hoffe, die namentliche Abstimmung wird dem Lande zeigen, wie wir die Verfassung auslegen.

Schließlich muß ich den Herrn Justiz-Minister versichern, daß weder ich, noch einer meiner Freunde daran gedacht, das Ministerium habe die Verfassung verletzen wollen Wir behaupten nur, es hat dieselbe falsch ausgelegt und unsere Pflicht ist es, gleich dem ersten Bruch der Verfassung uns entschieden und mit voller Kraft entgegenzustemmen! (Bravo!)

Leue trägt auf besondere Abstimmung über jede der beiden Verordnungen an.

Daniels widerspricht der Theilung, weil die Verordnungen in wesentlichem inneren Zusammenhange stehen.

Der Justiz-Minister tritt dem bei, Leue zieht darauf seinen Antrag auf Theilung zurück.

Die Anträge auf namentliche Abstimmung sind zurückgenommen.

Der Antrag Stahl-Bornemann wird mit bedeutender Mehrheit — nur ein kleiner Theil der Rechten stimmte dafür — verworfen, der Antrag von Kühne und Genossen dagegen von der überwiegenden Mehrheit beider Seiten des Hauses angenommen.

Die übrigen Anträge kommen mithin nicht mehr zur Abstimmung.

Schluß der Sitzung 12¾ Uhr.
Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr.

14te Sitzung der Zweiten Kammer vom 22. März.
Anfang 11¼ Uhr. Präsident: Grabow.

Tagesordnung: Fortsetzung der Adreß-Debatte.

Auf der Ministerbank: Graf Brandenburg, v. d. Heydt., später tritt auch der Minister von Manteuffel ein.

Der Präsident theilt mit, daß sich die Kommission zur Prüfung des Staatshaushals-Etats constituirt habe. Gewählt sind zu Vorsitzenden Hr. v. Kirchmann, dessen Stellvertreter Hr. Reuter (Berlin), Schriftführer Hr. Neumann (Glatz), dessen Stellvertreter Hr. Seffner.

Tülff: Die letzten Tage haben gezeigt, daß die Debatten nunmehr den Culminationspunkt erlangt haben. Er bedauere, daß der Minister des Innern nicht anwesend sei, um diesem zu sagen, daß das Ministerium nicht die bisherigen Abstimmungen in der Adresse als ein Vertrauensvotum nehmen könne, daß er und viele seiner Freunde eine Opposition quand même gegen das Ministerium nicht am Platz finden, daß sie alle aber erwarten, das Ministerium werde nun bald Rechenschaft ablegen.

Der Handelsminister bemerkt in Folge dessen, daß das Ministerium jede Gelegenheit ergreifen werde, um diese Rechtfertigung zu bethätigen.

Der Minister des Innern: Er habe seinem Versprechen gemäß in der gestern von Hrn. d'Ester berührten Angelegenheit eine amtliche Erklärung des Polizei-Commissarius Maas eingefordert, er stelle anheim, sie vorlesen oder aufs Büreau niederlegen zu dürfen (Stimmen: vorlesen). Der Minister liest hierauf das Aktenstück vor, aus welchem hervorgeht, der Polizei-Commissarius habe unter andern anonymen Anzeigen auch eine erhalten, in welcher mitgetheilt wird, Hr. d'Ester bewahre in seiner Wohnung einen halben Centner Pulver und Blei auf (Gelächter zur Linken). Dies habe er (der Polizei-Commiss.) gegen alle Gesetze gehalten, er habe sich deshalb verpflichtet gefühlt, Herrn d'Ester zu befragen, um diesen eventuell vor Feuer und Licht zu warnen (Gelächter zur Linken). Er sei zu dem Wirthe des Hrn. d'Ester gegangen, dieser habe erklärt, er wisse nichts. Der Wirth habe ihn in ein Vorderzimmer und von da in ein geöffnetes Hinterzimmer geführt, erst später habe er erfahren, daß dieses Zimmer die Wohnung des Herrn d'Ester war. Gesucht habe er nicht. Nachdem sich jene Anzeige als unwahr erwiesen, habe er weitere Anzeige an die Behörden für unnöthig erachtet. Schonender als er hätte man nicht verfahren können. Ich habe, fährt der Minister fort, mich dabei nicht beruhigt und deshalb auch den Wirth vernehmen lassen. Der Minister verliest diese Aussage, welche das von dem Polizei-Commiss. Gesagte bestätigt und die Angabe, „als sei Stillschweigen darüber befohlen worden," in Abrede stellt. Der Minister erklärt, noch weitere Ermittelungen anstellen zu wollen, daß man aber wohl jetzt schon zugebe, daß diese Sache mit dem Belagerungszustand nichts zu schaffen habe.

Die Kammer schreitet zur Tagesordnung. Die Hrn. Mätze, Toebe und Zorn haben ein Amendement gestellt, hinter dem 2. Satze der Adresse einen Satz des d'Esterschen Amendements einzuschieben, welcher lautet: „Das Rechtsgefühl des Volkes fordert eine baldige Amnestie für Diejenigen, welche das Zerwürfniß zwischen den verschiedenen Staatsgewalten und die Aufhebung der Herrschaft der Gesetze, dem Kreise ihrer Familien entzogen oder in Untersuchungen verwickelt hat." Ferner behandelt denselben Gegenstand ein Amendement des Hrn. Thiel (Cöslin), welches lautet: „Wenn wir uns auch eifrigst bemühen werden, diesem schönen Ziele nachzustreben, so können wir doch schon jetzt nicht umhin, dem väterlichen Herzen Eurer Majestät, das sich stets milde und gütig erwiesen hat, die dringende Bitte nahe zu legen, daß für alle seit dem 18. März. v. J. begangenen politischen Verbrechen und Vergehen volle Verzeihung gewährt werden möge. Euer Majestät wolle überzeugt sein, daß durch den Gebrauch dieses edelsten Vorrechts der Krone die bestehenden bürgerlichen Zerwürfnisse am sichersten geschlichtet und die Thränen vieler tiefbekümmerten Familien getrocknet werden können." Die Unterstützung für das letzterwähnte Amendement erfolgt, worauf beide zur Diskussion gestellt werden.

Mätze: Wer sind Diejenigen, welche wir amnestiren wollen? Sind es etwa Leute, die das Eigenthum angegriffen haben? (Ruf von der äußersten Rechten: Ja, ja!) Wir wollen die Amnestie für Diejenigen, welche wegen eines freien Wortes angeklagt oder verurtheilt sind. Für Diejenigen, welche Partei ergriffen für die National-Versammlung und gegen die Regierung. Sie sprachen vom Jubel über die Verfassung vom 5. Decbr., vergessen Sie nicht, daß am 9. Novbr. ein Schrei der Entrüstung durch's Land ging. Für diejenigen Beamten, welche in einem constitutionellen Staate zu leben glaubten, für diejenigen Bürgerwehrmänner, welche den §. 1. des Bürgerwehrgesetzes aufrechterhalten und sich nicht der mit Blut errungenen Freiheiten berauben lassen wollten. (Einzelnes Bravo zur Linken.) Sie werden nicht zugeben, daß die Uebereinstimmung mit der Krone durch das Wehegeschrei der Unglücklichen gestört werde. Das Rechtsgefühl verlangt Strafe für die Verbrecher, Freisprechung der Unschuldigen. Für Diejenigen, welche gegen einseitige Gesetze gefehlt haben, verlangt das Rechtsgefühl aber Amnestie. Der Redner bittet schließlich, die Frage nicht als Parteisache, sondern als eine Frage der Menschlichkeit zu behandeln.

Minister des Innern: Ich erlaube mir auf Art. 47. der Verfassung hinzuweisen, wonach Untersuchungen durch den König nur in Folge eines Gesetzes niederzuschlagen sind. Viele Untersuchungen sind aber noch nicht beendet, es wäre demnach nur der Antrag auf ein Gesetz zu stellen. Ich glaube im Namen des Ministeriums hierbei Folgendes erklären zu müssen: Man hat das Ministerium der Rachsucht und Verfolgungslust angeklagt, das Ministerium fühlt sich frei von diesen Anklagen. Es ist leicht ein versöhnendes und mildes Wort zu sprechen, aber die Pflicht muß jedem anderen Gefühle Schweigen gebieten. Das Ministerium hatte als erste Pflicht übernommen, die Ordnung herzustellen, dies ist nur dann möglich, wenn man dem Gesetze freien Lauf läßt. Man hat gesagt, die Amnestie solle nur politischen Verbrechern gelten. Unsere Zeit leidet aber an einer Begriffsverwirrung, indem man fast jeden Verbrecher einen politischen nennt. Soll man den bestrafen, der da sagt, Eigenthum ist Diebstahl, und den frei lassen, der ganze Provinzen mit der Fackel des Aufruhrs entzündet? Das Land will Ordnung, eine Amnestie wird sie nicht schaffen. Wir leben in einer Zeit des Ernstes, wir müssen diesen bewahren und den Gesetzen freien Lauf lassen.

Inzwischen hat Hr. Dierschke ein Unter-Amendement eingebracht, nach welchem die Amnestie auf die ländliche Bevölkerung, welche sich der Erpressungen und des Aufruhrs gegen die Gutsherrschaft schuldig gemacht hat, ausgedehnt werden soll. Bei der Unterstützungsfrage erhebt sich Niemand.

Abg. Elwanger (gegen die Amend.): Er erkenne an, daß es Personen gebe, denen man Nachsicht und Milde angedeihen lassen könne, aber ein Theil der politischen Verbrecher bestehe aus dem verruchtesten Gesindel aus allen Klassen, deren Zurückführen in die Gesellschaft die Ordnung und Ruhe gefährden müsse. Der Redner bemerkt hierauf, wie man jetzt Alles in die Kategorie politischer Verbrechen stellt. In Folge des Jagdgesetzes sei ein neues Verbrechen entstanden, der Diebstahl von Gewehren, es soll dies das Bewaffnungsrecht eines freien Mannes sein.

Abg. Schramm (für die Amend.): In Langensalza seien am 18. März zwölf wehrlose Bürger von den Soldaten überfallen worden. Angesichts solcher Vorfälle müsse er die Frage des Hern Bismark-Schönhausen von dem Blute der Tyrannen beantworten, daß das Volk das Blut des Tyrannen in denjenigen suchen werde, welche die bewaffnete Bevölkerung gegen die wehrlose aufhetzen. Er habe eine Menge Petitionen um Amnestie erhalten, man habe aber ausdrücklich gewünscht, nicht die Namen der Städte zu nennen, woher sie gekommen. Es sei ein trüber Zustand, wenn auf diese Weise die Thränen der Unglücklichen nicht mehr frei fließen dürfen.

Der Minister das Innern: Er habe Nachricht erhalten über die Vorfälle in Langensalza. Der dortige Landrath habe einen Bericht eingeschickt. Der Minister verliest den Bericht, aus welchem hervorgeht: Die Demokraten hätten eine Versammlung veranstaltet, bei dem Hereinziehen nach der Stadt seien Händel entstanden, man habe eine Patrouille, welcher man begegnet, gehöhnt und angegriffen, worauf die Kürassiere mit der Waffe einschritten. Das Volk sei so roh gewesen, daß der Offizier nur mit Mühe seine Leute zurückhalten konnte. Nach 9 Uhr sei das Volk in die Schnapsläden gezogen, um sich noch mehr zu erhitzen, er selbst (der Landrath) sei bei einem Versuch, zur Ruhe zu ermahnen, insultirt worden. Die Zahl der Verwundeten sei noch nicht festgestellt. Von den Kürassieren seien 5 durch Steinwürfe, andere, wie es scheint, durch eiserne Stangen verwundet worden.

Hr. Schramm (thatsächliche Berichtigung): Auch er habe Nachricht, er wisse, daß in Langensalza kein demokratischer, sondern nur ein sogenannter konstitutioneller Verein bestände. Der Bericht des Landraths sei einseitig, dieser sei die gehaßteste Person in der Stadt, der sich den gemeinsten Spionendiensten hingegeben habe. (Unterbrechung zur Rechten). Ja, ich werde es beweisen, ruft der Redner zur Rechten gewendet. Er wolle die Thatsache mittheilen. Man habe am 18. März einen Fackelzug beabsichtigt, aber unterlassen. Das Volk sei mit Gesang durch die Straßen gezogen, die Soldaten hätten dasselbe früher ja auch gethan. Da sei auf Befehl des Commandeurs, Major v. Unruh, von den Kürassieren eingeschritten worden. Vielleicht habe das Volk nicht, wie die Soldaten, das Preußenlied gesungen. Er müsse hinzusetzen, daß die Soldaten sogar in die Häuser gedrungen waren, um anzugreifen.

Der Minister des Innern erklärt, er werde weitere Ermittelungen veranlassen, bis dahin wolle er den eingegangenen Bericht nicht vertreten. Er bitte aber den Präsidenten, die Beamten vor solchen Angriffen, wie sie erfolgt, zu schützen. (Bewegung links.)

Der Präsident: Er hätte auch ohne die Worte des Ministers den Ausdruck gerügt, er fände ihn nicht in der Ordnung. (Proteste gegen den Ordnungsruf.)

Waldeck: Wenn uns nicht einmal gestattet wird über das Spionirsystem zu sprechen, dann weiß ich nicht, was wir hier sollen (Gelächter zur Rechten.) Es ist nicht Sache des Ministers den Ordnungsruf zu beantragen und wenn dies einreißt, dann wird man stolz sein können, auf solchen Ordnungsruf. Die Geschäftsordnung mit allen ihren Irrwegen gestattet nicht einmal einen Einspruch.

v. Meusebach: Er bedaure, daß der Minister nicht für ein gesetzliches Organ der Regierung die Verantwortlichkeit übernommen habe. Der Ordnungsruf sei gerechtfertigt gewesen, und wer stolz darauf sein wolle, der möge diesen Stolz für sich behalten. Er erinnere an die Geschäftsordnungen der früheren Landtage. Er habe seit 3 Tagen die Debatten beobachtet, es liege aber wieder in der Luft, daß die Kammer den Keim des Todes in sich trägt, er rieche jetzt schon die Leichen (heftige Bewegung, Bravo zur Linken.)

Blömer sagt, daß er, obgleich er auch auf der Rechten, wie Hr. v. Meusebach sitze, doch keine Leichen rieche, er glaube vielmehr, daß die Bahn einer edlen Versöhnung offen liegt. (Bravo links.) Er hoffe, daß er und jeder Patriot diese Bahn nicht früher verlassen werde, bis das Werk vollendet ist. (Stürmisches Bravo der Linken.)

Schellenberg: Der Ausgang einer politischen That bestimme es, ob sie eine Heldenthat ist. Man sagt, man solle den Gesetzen freien Lauf lassen, aber dann müsse man erst volksthümliche Gesetze schaffen. Seit dem Regierungs-Antritt der Minister sei eine Politik der Rache, der Verfolgung, ja der Vernichtung befolgt worden. Der Minister habe zwar das Gegentheil behauptet, aber nicht bewiesen. Ein Rachegeist sei über das Land gegangen. (Bravo Links.) Die Maßregelungen, Verfolgungen u. s. w. dauern jetzt noch fort. Auf solche Weise aber werde man den Frieden nicht erlangen. Den Frieden, den die Minister wollen, wolle er nicht, denn dies sei der Friede durch den Kerkermeister. (Bravo Links.)

Graf Schwerin: Es stehe Niemanden ein Urtheil über die Gesinnungen der Minister, nur über deren Handlungen zu, er beantrage den Ordnungsruf gegen den vorigen Redner. (Bewegung und Gelächter.)

Der Präsident: Er konne den Ordnungsruf nicht erlassen, denn der Redner habe nur die Politik des Ministeriums kritisirt.

Der Minister des Innern: Er halte es für seine Pflicht, offen auszusprechen, auf welchem Standpunkte das Ministerium in dieser Sache stehe. Es müsse erklären, daß es in diesem Augenblicke, unter den so bewandten Umständen, eine allgemeine Amnestie der Krone nicht anrathen könne; es werde sich jedoch freuen, wenn in einzelnen Fällen die Gnade da, wo sie am Orte sei, walten könnte.

Kinkel: Es wird jetzt ein Zusatz-Amendement verlesen, demzufolge unmittelbar an den vorletzten Satz des Adreßentwurfs der Satz gefügt werde, „daß dann auch die Königl. Milde Derer wird gedenken können, welche die Verwirrung politischer Ansichten zu Vergehen verleitet u. s. w." Das Amendement wird ausreichend unterstützt und darauf der Schluß der Debatte ausgesprochen. (6 Redner waren gegen, 10 für die Amendements noch eingeschrieben.

v. Vincke (als Berichterstatter): Das Recht der Begnadigung sei allerdings wichtig und bedeutsam, schwerer aber wiege dabei die Verantwortlichkeit des Trägers der Krone, welcher zu wachen habe, daß die Herrschaft des Rechts und Gesetzes nicht geschwächt und die Gnade gleich- und verhältnißmäßig gespendet werde.

Es wird nun zur Abstimmung geschritten. Zuerst kommt das Mätze'- (d'Ester-)'sche Amendement zur namentlichen Abstimmung. Der Präsident Grabow verkündet das Ergebniß derselben dahin: Mit Ja haben geantwortet 135, mit Nein 188, gefehlt hatte 1, krank waren 7, beurlaubt 8, der Abstimmung hatten sich 4 enthalten, das Amendement ist also verworfen.

Ebenso kommt das Thiel'sche Amendement (s. o.) zur namentlichen Abstimmung. Hierbei stimmten mit Ja 167, mit Nein 160, gefehlt hatte 1, krank waren 7, beurlaubt 8. Das Amendement ist also angenommen und das Jacobsche damit gefallen.

Schluß der Sitzung 2½ Uhr. Nächste: Freitag 11 Uhr Vormittags. (Tagesordnung: Fortsetzung der Adreß-Debatte.)

Wochen-Bericht.

Vereitelt ist die Hoffnung auf eine glückliche Lösung der großen Verwickelungen, in denen sich Deutschland befindet. Zwar hatte unter den Parteien der Paulskirche die Ueberzeugung immer mehr an Einfluß gewonnen, daß jede Verbindung mit Oesterreich geradezu ein Verrath des Vaterlandes sei, daß nur in einer schnellen Einigung eine Gewähr gegen die nahen, rings drohenden Gefahren zu suchen sei und wie sehr es bisher an der unbedingt zu for[illegible]den Bereitwilligkeit der Deutschen Fürsten zur Mitwirkung an [illegible] gemeinsamen Angelegenheiten der Nation gefehlt habe, wie wenig Schutz also unsere seitherigen Zustände für den Fall der Gefahr bieten, hatte noch eben erst die klägliche Weise gezeigt, in der so viele Einzelstaaten ihre Flottenbeiträge zurückhielten. Die Absichten, die der Politik der Oesterreichischen Regierung eigentlich zu Grunde liegen, waren in der letzten Note an Schmerling mit einer Offenheit, wie nie zuvor, an den Tag gelegt. Oesterreich will eine Gesammtvertretung des Deutschen Volkes ganz und gar nicht: nur eine Vertretung der Einzelstaaten; d. h. also nur eine neue Form für den alten Bund; ja es gingen Nachrichten ein, die es fast über jede Zweifel erhoben, daß Oesterreich Unterhandlungen mit den größeren Deutschen Regierungen begonnen hat, um eine Verfassung nach seinem Sinne, die für die Einzelfürsten allerdings viel Verlockendes haben könnte, für Deutschland — nöthigenfalls mit Gewalt — zu oktroyiren. Solcher Politik gegenüber konnte die letzte Preußische Note, die immer noch den Schein völliger Uebereinstimmung mit Oesterreich retten will, nur den Eindruck machen, als errege man keinen ernsten Widerspruch.

Von der Wichtigkeit der jetzt zu fassenden Beschlüsse durchdrungen, hatte der Verfassungs-Ausschuß den Welcker'schen Antrag im Wesentlichen zu dem seinigen gemacht. Daß man vor dem später zu hoffenden Eintritte Oesterreichs die Zahl der Stimmen, welche die kleineren Staaten im Staatenhause künftig abgeben sollen, erhöht hatte, war ein Akt politischer Klugheit; daß man für das Wahlgesetz keine weitere Aenderung, als die des geheimen Verfahrens in das mündliche und öffentliche, getroffen hatte, war als ein Zeichen weiser Mäßigung der konservativen Majorität anzuerkennen. Aber die Vertreter des Volkes haben die unendliche Verantwortung, welche das Vaterland in dieser Stunde auf sie gelegt hatte, nicht begriffen. Religiöse Unfreiheit schloß einen Bund mit gewissenloser Selbstsucht und die große Idee einer Deutschen Einheit wurde geopfert. Deutschland ist jetzt mindestens ebenso hülflos, als beim Beginn des vorigen Jahres und seine Zukunft ist von dem Ausgange neuer Revolutionen abhängig geworden, von denen zu erwarten ist, daß sie die Nation noch gründlicher, aber auch noch viel schmerzlicher aufrütteln werden, als die letzte. — Daß Männer, wie Heinrich Gagern, sich jetzt von der Leitung der Deutschen Angelegenheiten zurückziehen, ist schon allein ein schlimmes Wahrzeichen.

Kaum verdient es unter diesen Umständen noch einer Erwähnung, daß die National-Versammlung den Theil der Verfassung, der vom Reichsgericht handelt, erledigt und damit zur Lösung von Streitigkeiten zwischen den Einzelstaaten und der Centralgewalt, zwischen jenen untereinander, zwischen Staaten- und Volkshaus u. s. f., die kompetente Behörde zu schaffen gesucht hat.

In wie weit der Dänische Krieg, wenn er wieder ausbricht, als ein wirklich nationaler geführt werden wird, muß jetzt dahin gestellt bleiben. Noch immer schwanken die Nachrichten darüber, ob eine Verlängerung des Waffenstillstandes zu Stande kommen wird, oder nicht. Die Zuversichtlichkeit, mit der man den Abschluß des Friedens vor der Thür sah, scheint denn doch etwas voreilig gewesen zu sein. — Die Stellung der Deutschen Einzelstaaten zum Gesammtvaterlande hat sich nicht geändert: die Sächsischen Deputirten bleiben sich in ihrer kleinlichen Eifersucht gegen Preußen, wie in ihrer politischen Beschränktheit gleich. In Hannover und Baiern sind die Kammern vorerst noch vertagt. In Bernburg ist ein Mäusekrieg geführt worden. Die Verfassung eines demokratischen Gerbermeisters hat einige heftige Scenen und demnächst das Einrücken von einigen Preußischen Compagnien zur Folge gehabt.

Preußens Volksvertretung hat sich bisher nur in der Vorhalle ihrer eigentlichen Thätigkeit bewegt. In der zweiten Kammer erfocht zunächst die Rechte einen nicht unbedeutenden Sieg, indem sie die Verwerfung des Bucherschen Antrags durchsetzte und damit die Berathung der ministeriellen Entwürfe zum Schutz der öffentlichen Ordnung vor die über den Belagerungszustand setzte. Unter den Anträgen, die zu weiterer Erwägung in die Abtheilungen gegangen sind, ist einer von Wenzel über die Gerichtsorganisation zu erwähnen, der aber die vom Ministerium auf den 1. April festangesetzten Reformen nicht weiter aufhalten würde; ihm gegenüber steht der von Lisiecki und Jackowski auf Sistirung derselben. Außerdem sind Anträge auf Amnestie aller politischen Verbrechen seit den 18. März, wegen Errichtung von ländlichen Kreditanstalten, wegen Revision der Gemeindeordnung u. s. f., in die Abtheilungen gegangen. — Der Beginn der Adreßdebatte führte sogleich eine Entscheidung über die prinzipielle Stellung der Kammer zur Krone herbei. — Es standen sich die Entwürfe des Ausschusses, der gemäßigteren und der radikalen Linken gegenüber. — Die letztere erlitt eine vollständige Niederlage; über die erstern siegte die Rechte nur mit wenigen Stimmen. Diese hat nun auch bei der Debatte über die ersten Paragraphen die allgemeine Anerkennung der Verfassung vom 5. December durchgesetzt.

Die erste Kammer hat sich in der weitern Adreßdebatte eine durchaus würdige Haltung bewahrt. In Bezug auf den Dänischen Krieg hat sie die entschiedenste Bereitwilligkeit zum Kampf, wenn nicht ein ehrenvoller Frieden zu Stande kommt, ausgesprochen. Die Erklärung des Ministers Arnim bei dieser Gelegenheit gewährte die Ueberzeugung, daß auch die Regierung jetzt nicht wieder, wie beim Abschluß des Malmöer Waffenstillstandes, Preußen vor Deutschland bloß stellen werde. — Damit war die Adresse der ersten Kammer beendet und sie ist demnächst dem Könige übergeben worden. Hieran schlossen sich nun die Debatten über die neuen Gesetze zur Gerichtsreorganisation. Auch hier bekämpft die Partei, welche ohne Sistirung der eingeleiteten Reformen eine Revision will, diejenige, welche eine völlige Anullirung der vom Ministerium einseitig erlassenen Gesetze verlangt.

Indessen ist die Feier des 18. März ruhig vorübergegangen. Nirgends hat sie einigermaßen erhebliche Ruhestörungeu veranlaßt.

Oesterreichs innere Zustände können nicht das mindeste Vertrauen erwecken. Die empörende Weise, in der alle Versuche, den 13. März festlich zu begehen, gewaltsam gehindert wurden, zeigt einen durchgreifenden Terrorismus des Ministeriums, zu dem die Verfolgung der freisinnigsten und edelsten Parlamentsmitglieder, die Befestigung des Praters, die noch immer nicht aufhörenden Hinrichtungen allerdings sehr wohl passen.

In Ungarn waren ihre Erfolge an der Theiß nicht die glänzendsten: ihr Verlust bei Kapolna ist sehr bedeutend gewesen, und entschiedene Vortheile sind seitdem nicht errungen. Szolnok ist indeß von den Magyaren geräumt und diese haben sich über die Theiß zurückgezogen. Bem hat indessen bei Mediasch eine totale Niederlage erlitten, welche die Vereinigung von Puchner und Urban zur Folge hatte. Er selbst hat sich nach Maros-Vasarhely zurückgezogen. Eigenthümlich ist die Stellung von Windischgrätz; in Bezug auf die Banknoten hat er sich nun dem Ministerium gefügt, andererseits aber soll ihm durch einen Kaiserl. Befehl jede Einmischung in die Civilverwaltung Ungarns untersagt sein, da dieser Jellachich als Gouverneur vorstehe. — Die Serbischen Truppen sind in ihre Heimath zurückgekehrt. Doch droht in Serbien eine neue Verwicklung, da sich der Patriarch geweigert hat, nach dem Befehle Windischgrätz's die Nationalverwaltung aufzuheben und die alte Ordnung herzustellen. — Die Kroaten sind mit der ihnen nach der Verfassung bevorstehenden Trennung von der Militairgrenze sehr wenig einverstanden.

In Oberitalien steht den Oesterreichischen Waffen ein neuer Kampf bevor: der Waffenstillstand ist von Seiten Piemonts gekündigt. In Folge dessen ist nun bereits das Illyrische Küstenland in Belagerungszustand erklärt. In Venedig geht man damit um, Manin zum Dictator zu machen. — Die Florentiner provisorische

Regierung hat jene terroristischen Maßregeln wegen Güter-Confiskationen und Kriegsgerichten gegen die reactionairen Tendenzen Verdächtigen zurückgenommen. — Den Römern macht die Finanznoth viel zu schaffen; man hat sich entschließen müssen, zur Prägung einer werthlosen Münze aus Silber und Kupfer seine Zuflucht zu nehmen. — Die Union mit Toskana ist in der Constituante in höchst tumultuarischer Weise durch Acclamation angenommen.

Sicilien hat das Ultimatum des Königs Ferdinand nicht, wie es erst hieß, angenommen, sondern verworfen, und so wird denn auch hier demnächst der Krieg wieder ausbrechen. — Frankreich und England haben erklärt, neutral bleiben zu wollen.

Die Französische National-Versammlung hat sich noch mit dem Wahlgesetze beschäftigt; der Versuch des Berges, sogar die Minister von der Volksvertretung auszuschließen, schlug fehl, während man die Inkomptabilität der Unterstaats-Secretaire, der Präsidenten und Räthe des Kassationshofes u. a. festgehalten hat. — Nächstdem beschäftigte sich die National-Versammlung mit der Berathung des Budgets. Zugleich ist der Prozeß in Bourges weiter fortgeführt worden. Er ist im Allgemeinen bisher für die Angeklagten ungünstig ausgefallen.

Schließlich ist noch der Tod des Königs der Niederlande zu erwähnen.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich].

Herr Liebermann Speyer hier hat aufgehört Inhaber der Handlung N. Speyer & Sohn zu sein.

Herr Heym. Glaß berichtete Unwahrheit; nicht überstrichen ist das kleine mit »Speier i Syn« bezeichnet gewesene Schankschild am Laden, sondern es ist gänzlich fort.

Die Sensenmänner haben am 14. April v. J., gleich nach Abzug des K. Pr. Militairs, nicht nur dieses Schild gestohlen, sondern auch die Fenstergardinen in der Wohnung des L. Sp. abgerissen, und aus Bosheit ihm 20,000 Thlr. Pos. Pf. Br. mit ihren Mordinstrumenten zerstochen und vernichtet.

Grätz im März 1849. Marcel Nowak.

Es wird, besonders den Justizbeamten, welche am 1. April d. J. versetzt werden und wegen der Umzugeskosten in Verlegenheit sind, mitgetheilt, daß eine beantragte Kriminaluntersuchung wider den bereits hier erwähnten Land- und Stadtgerichtsdirektor R. in G., wegen Betrugs, nur deßhalb nicht eingeleitet worden ist, weil nach einem angeblich bei den Kassen stattfindenden Verfahren ein am 1. April versetzter Beamter das Gehalt fürs nächste Quartal gleichzeitig am Abgangsorte und am Bestimmungsorte erheben darf und nur civilrechtlich zur Erstattung des Ueberhobenen verpflichtet ist.

Wer die rechtliche Existenz solchen bisher unbekannten Verfahrens nachweiset, erhält eine angemessene Belohnung.

Marktbericht. Posen, den 23. März.
(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr 25 Sgr. 7 Pf. bis 2 Rthlr. 4 Sgr. 5 Pf. Roggen 24 Sgr. 5 Pf. bis 28 Sgr. — Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 26 Sgr. 8 Pf. Hafer 14 Sgr. 5 Pf. bis 16 Sgr. — Pf. Buchweizen 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Erbsen 26 Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Kartoffeln 8 Sgr. 11 Pf. bis 10 Sgr. 8 Pf. Heu der Centner 17 Sgr. 6 Pf. bis 22 Sgr. Stroh das Schock 4 Rtlr. bis 4 Rthlr. 10 Sgr. Butter der Garnitz zu 8 Pfund 1 Rtlr. 20 Sgr. bis 1 Rtlr. 25 Sgr.

Stadt-Theater.

Sonntag, den 25. März. Doctor Faust's Zauberkäppchen, oder: Die Räuberherberge im Walde; Singspiel in 3 Akten von Hoppe. Musik von Hebenstreit.

Besondere Umstände bestimmen mich, die zum 26sten März angezeigte Aufführung des Oratoriums die Schöpfung bis in die Charwoche zu verschieben. Ort, Tag und Stunde derselben Aufführung wird in der Zeitung und durch Anschlagezettel bekannt gemacht werden.

Klingohr.

Bei Adler und Dietze in Dresden ist erschienen und in **Posen** bei **Gebr. Scherk** zu haben:

Hundert Lieder

für meine Kameraden.

Gesammelt und herausgegeben von W. H. Krause, Kanonier im Königl. Sächsischen Fuß-Artillerie-Regimente.

In kleinem Taschenformate. Preis 3 Sgr.

Diese Lieder-Sammlung fand bei allen Deutschen Armeen so viele Theilnehmer, daß wenige Monate nach ihrem Erscheinen schon eine zweite Auflage davon gedruckt werden mußte.

Bekanntmachung.

Der hinter dem ehemaligen Theresien-Kloster an der Schulstraße belegene, aus zwei abgesonderten Theilen bestehende Garten, soll auf zwei hintereinander laufende Jahre vom 1. April c. ab anderweit meistbietend verpachtet werden.

Hierzu haben wir einen Termin auf
den 28sten d. Mts. Vormittags 11 Uhr
auf dem Rathhause anberaumt, zu welchem Pachtlustige hierdurch eingeladen werden.

Die Bedingungen sind in unserer Registratur einzusehen.

Posen, den 23. März 1849.

Der Magistrat.

Bei dem Abräumen eines Wohnhauses zu Provent Bnin sind unter dem Fundamente desselben in zwei irdenen Töpfen nachstehend verzeichnete Gegenstände im December 1848 gefunden worden:

1) 14 Stück Holländische Dukaten,
2) 131 Rthlr. 25 Sgr. Preußisch Courant,
3) 1 Fünffrankenstück aus der Kaiserzeit,
4) 1 Russischer Rubel,
5) 5 Rthlr. 29 Sgr. in Polnischen Guldenstücken,
6) 4 Rthlr. 10 Sgr. Sächsisches Courant,
7) 15 Stück Oesterreichische Zwanziger,
8) eine goldene Kette im Werthe von 6 Dukaten.

Der jetzige Besitzer des Grundstücks ist der Graf Titus Działyński, vor demselben hat Gasinski und vor demselben ein gewisser Pudelewicz das Grundstück besessen.

Alle diejenigen, welche auf diesen Schatz Ansprüche geltend machen zu können vermeinen, werden hierzu auf
den 12ten Juni c. Vormittags um 10 Uhr
im Gerichts-Lokale hierselbst anberaumten Termine unter der Warnung vorgeladen, daß beim Nichtvorhandenseyn anderweiter Prätendenten der Schatz den Findern und resp. dem jetzigen Eigenthümer des Grundstücks zugeschlagen werden wird.

Schrimm, den 12. Februar 1849.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Ueber den Nachlaß des am 8. August 1846 verstorbenen Kaufmanns Nathan Schaps Gnadenfeld hierselbst ist heute der erbschaftliche Liquidations-Prozeß eröffnet worden. Der Termin zur Anmeldung aller Ansprüche steht
am 9ten Juli 1849 Vormittags um 9 Uhr
vor dem Herrn Assessor Strauch im Partheien-Zimmer des hiesigen Gerichts an.

Wer sich in diesem Termine nicht meldet, wird aller seiner etwanigen Vorrechte verlustig erklärt, und mit seinen Forderungen nur an dasjenige, was nach Befriedigung der sich meldenden Gläubiger von der Masse noch übrig bleiben sollte, verwiesen werden.

Kempen, am 29. November 1848.

Königl. Land- und Stadtgericht.

Ostsee-Zeitung
und
Börsen-Nachrichten der Ostsee.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Quartal für das Abonnement auf diese Zeitung, zum bisherigen Preise von **2 Thlr.** inclusive Porto, wozu alle preussischen Postämter Bestellungen annehmen.

Stettin, im März 1849.

Die Redaction.

Bekanntmachung.

Es sollen sämmtliche auf dem Grundstück No. 20. Graben befindliche Baulichkeiten und ein Haus auf dem Grundstück No. 1. Berdychowo zum Abbruch gegen gleich baare Bezahlung öffentlich versteigert werden, wozu ein Termin
auf Mittwoch den 28sten März c. Nachmittags 3 Uhr
ansteht.

Kauflustige werden hierzu mit dem Bemerken eingeladen, daß der Sammelplatz zur angegebenen Zeit auf dem Grundstück No. 20. Graben sein wird, und daß die Verkaufs-Bedingungen im Büreau der Festungsbau-Direktion ausliegen und demnächst im Termine bekannt gemacht werden sollen.

Posen, den 22. März 1849.

Königl. Festungsbau-Kommission.

Auktion.

Dienstag den 27. März d. J. Vormittags 9 Uhr sollen auf dem hiesigen Land- und Stadtgericht Zimmer No. 2. verschiedene Gegenstände, als Kronleuchter, Gaslampen, Feuermaschinen, Tapeten, Gold- und Silber-Sachen, Möbel, mehrere Instrumente für Geometer, Bücher, ein Bücher- und Kartenspind, auch eine vollständige Elektrisirmaschine öffentlich verkauft werden.

Pferde-Auktion.

Mittwoch den 28. März Vormittags 11 Uhr soll auf dem Wilhelmsplatz beim Schauspielhause Versetzung halber, ein Pferd, Arabischer Abkunft, 7 Jahr alt, $2\frac{1}{2}$ Zoll groß, Grauschimmel-Hengst, zum Reiten und Fahren auch zur Zucht zu gebrauchen, so wie auch Sattel und Zaumzeug öffentlich gegen baare Zahlung versteigert werden.

Anschütz.

Nachlaß-Auktion.

Dienstag den 27. März Vormittags von 10 Uhr ab, sollen im Krainschen Hause, Lange Gasse No. 7. Parterre, mehrere Möbel von Mahagoni-, Birken- und anderem Holz, einiges Silberzeug, Wäsche, weibliche Kleidungsstücke, Haus- und Küchengeräthe, nebst verschiedenen anderen Gegenständen gegen baare Zahlung öffentlich versteigert werden.

Anschütz.

Schulexamen.

Zu der Mittwoch den 28. d. M. von früh 9 Uhr ab stattfindenden Prüfung sämmtlicher Klassen meiner Privatschule beehre ich mich die geehrten Eltern meiner Zöglinge, so wie andere Freunde meiner Anstalt und des Schulwesens überhaupt ergebenst einzuladen.

Zugleich bemerke ich, daß eine mit dem neuen Kursus eintretende anderweitige Organisation der Klassen eine möglichst zeitige Anmeldung neuer Schüler wünschen läßt.

Emrich. Hôtel de Saxe.

Mit der heutigen Post erhielt ich aus **Rom** eine Sendung

Darmsaiten

für **Violine**, **Cello**, **Bratsche**, **Guitarre**, welche ich allen Musikern bestens empfehle.

Posen. **14. Neuestraße.** Louis Merzbach.

Rothen und weißen Klee-Saamen von letzter Erndte in vorzüglicher Qualität ist zu haben bei

Jakob Briske,
Breslauerstraße No. 2.

A. Apolant,

Drechslermeister u. Schirmfabrikant,
wohnt jetzt Markt No. 47.,
im Hause des Hrn. Schiff, neben Rose.

Meine Auswahl von **Glaswaaren**, wobei wieder **ganz neue Sachen** sind, empfiehlt diesen Markt zu möglichst billigen Preisen.

Mein Stand ist Kämmereibuden-Reihe, dem Rathhause schräg über.

A. Seifert aus **Hermsdorf**
bei Warmbrunn.

Die Berliner Bonbon-Fabrik von Andrä & Comp. zeigt einem hochgeehrten Publikum ergebenst an, daß dieselbe den bevorstehenden Jahrmarkt besuchen wird, unter Versicherung billiger und prompter Bedienung bittet sie um zahlreichen Besuch und auf die Firma gütigst aufmerksam zu sein.

Hamburger Cigarren

in reichhaltiger Auswahl und vorzüglicher Qualität empfing und offerirt zu billigen Fabrikpreisen

Michaelis Asch, Berlinerstraße 30.

☛ Ganz gute Mahagoni- und Birkenmöbel, desgl. Küchengeräthe, stehen zum billigen Verkauf. Zu erfragen Markt No. 40., erste Etage.

Stroh-, Reis- und Roßhaarhüte werden gewaschen, modernisirt und garnirt bei

Therese Fischer, Mühlstraße No. 7.

Die **Metallbuchstaben**-Fabrik
von A. A. Baswitz in Berlin
empfiehlt **Metallbuchstaben** in den neuesten Formen zu den billigsten Preisen.

Bestellungen zu Fabrikpreisen nimmt an die Eisenhandlung

S. J. Auerbach in Posen.

Der Ausverkauf

der Modewaaren wird nur noch kurze Zeit fortgesetzt.

Hôtel de Dresde Parterre.

יין של פסח Franz mit Muskat verkauft das Quart für $12\frac{1}{2}$ Sgr. die Handlung

S. Marcuse, Breitestraße No 19.

Simon Katz,

Wilhelms-Straße Nro. 10.,
empfiehlt sein **neu assortirtes Lager in Westen**, so wie die durch frische Zusendungen aufs reichhaltigste vermehrte Auswahl **in schwarz seidenen Stoffen** zu den **solidesten, jedoch festen Preisen.**

Besonders erlaube ich mir auf die **zurückgesetzten Hauben- und Hutbänder** aufmerksam zu machen, erstere von 1 Sgr., letztere von $2\frac{1}{2}$ Sgr. die Elle ab.

☛ יין שרף של פסח

Zum bevorstehenden Pesach-Feste empfehle ich verschiedene Sorten Branntweine, Liqueure und Meth in bester Qualität zu billigen Preisen.

Isidor Bernstein,

Wronkerstraße Nro. 3.

☛ Oster-Weine,

als besten Muskat, alten Franzwein, besten Cahors Grand Constant, rothen Grünberger Wein und Muskat-Lünell offerirt in seltener Güte billigst

Michaelis Peiser.

☛ Nicht zu übersehen! ☚

Eine Sendung von guter frischer **Butter** של פסח habe ich erhalten und offerire dieselben zu billigen Preisen in der Butterhandlung

Raphael Wiener,
am alten Markt unter dem Rathhause, schräg über der Glasbude No. 27. u 28.

Beste große als auch kleine fette Limb. Sahnkäse, besten fetten geräucherten Weser-Lachs, hochrothe süße Messinaer Apfelsinen offerirt billigst

Michaelis Peiser,
in der Russischen Theehandlung, Breslauerstraße Nro. 7.

Stettiner Bairisch-Bier, die Tonne von 120 Quart incl. Eisenbahnfracht à 8 Rthlr., die $\frac{1}{8}$ Tonne von 15 Quart a 1 Rthlr., so wie auch 30 $\frac{3}{8}$-Flaschen für 1 Rthlr. empfiehlt

E. Busch, Friedrichsstr. 25.

Gelegenheit nach Danzig ist in der goldenen Gans bis Dienstag den 27. d. zu erfragen.

In Frankfurt a. O. ist eine herrschaftliche Wohnung von 7 Stuben, allem Zubehör und Stallung sogleich oder auch später für den billigen Preis von 150 Rthlr. jährlich zu vermiethen.

Das Quartier ist nahe dem Markt und den Anlagen. Näheres in Frankfurt a. O. große Scharrnstraße No. 23. bei Eduard Küntzel.

Eine große Stube im Erdgeschoß nach vorn heraus, welche sich auch zum Geschäftslokale eignet, ist Breitestraße No. 19. vom 1. April zu vermiethen.

Das auf der Straße nach dem Eichwalde belegene Etablissement (Neu-Amerika) nebst den dazu gehörigen Grundstücken No. 12. und 9. und todtem Inventarium, ist vom 1. April c. zu verpachten; das Nähere beim Eigenthümer.



Heute Sonntag den 25. März c.

Großes Salon-Konzert.

Anfang 4 Uhr. Bornhagen.

☛ Avis für Damen. ☚

☛ Die erste und anerkannt größte Damenmäntelfabrik aus **Berlin** empfiehlt während der Dauer des hiesigen Marktes, ihr reich assortirtes Lager fertiger **Bournous, Mantelle's, Visites** und **Mantillen** in **Cachmir, Mailänder Taffet, Moiré, Atlas, Satin-Rayé, Damast** und **Changeant.**

Sämmtliche Gegenstände sind auf's eleganteste und nach der neusten Pariser Façon angefertigt und die Preise derselben fabrikmäßig gestellt, daher keiner der geehrten Käufer das Verkaufslokal unbefriedigt verlassen wird.

Wiederverkäufer erhalten einen angemessenen Rabbat.

☛ Verkaufslokal im Gasthof zum Eichkranz bei Herrn Kaatz.

(Parterre Eingang durch den Thorweg.)